

Landrat verspricht: Kreis lässt Gemeinden nicht im Stich

Von Thomas Beigang

Trotz angespannter eigener Finanzlage sendet das Landratsamt positive Signale auf das platte Land. Wenn die Mitglieder des Kreistages der Sache zustimmen, könnten sich bestimmte Ausgaben der Gemeinden verringern. Einige zahlen aber trotzdem mehr.

NEUBRANDENBURG. Die Kreisverwaltung zeigt sich generös. Der Landrat der Mecklenburgischen Seenplatte, Heiko Kärger (CDU), will bei der Vorstellung des Kreishaushaltes 2018 am nächsten Montag den Kreistagsmitgliedern ein Angebot machen, das die kaum ausschlagen können: die Verringerung der Kreisumlage um zwei Prozent auf nunmehr 46,3 Prozent. Umgerechnet in absolute Zahlen, bedeutet das den Verzicht auf insgesamt drei Millionen Euro. Viele Gemeinden müssen, stimmt der Kreistag dem Vorschlag des Verwaltungschefs zu, weniger Geld an die Kreisverwaltung abführen.

Kreisstadt muss eine Million Euro mehr abgeben
Aber nicht alle: Neubrandenburg muss, auch wenn sich das schizophrene anhört, bei zwei Prozent weniger Kreisumlage im nächsten Jahr rund eine Million Euro mehr an den Landkreis abführen – denn insgesamt rund 28 Millionen Euro – der dickste Posten im Haushalt der

größten Stadt des Kreises. Dies hänge, so Landrat Kärger, mit dem viel diskutierten neuen Finanzausgleichsgesetz des Landes zusammen. Knapp 230 000 Euro mehr könnte die Stadt im Jahr 2018 aus Schwerin erhalten – muss dafür aber in absoluten Zahlen mehr Geld für die Kreisumlage hinblättern.

Aber trotz der angekündigten Senkung der kommunalen Abgaben an den Kreis um zwei Prozent, bleibe es bei der bitteren Wahrheit, dass fast 60 Prozent der Gemeinden in Deutschlands größtem Landkreis aus eigener Kraft keinen ausgeglichenen Haushalt mehr hinlegen können. Einen kleinen Lichtblick sieht Kärger dennoch: Denn wenn das viel zitierte neue Finanzausgleichsgesetz des Landes beschlossen wird, stehen den Gemeinden des Landkreises insgesamt rund acht Millionen Euro mehr aus Schwerin zur Verfügung und auch der Landkreis könnte mit 2,4 Millionen mehr rechnen. Das Geld, sollte es denn fließen, will der Landrat gar nicht anfassen. „Mein Vorschlag an den Kreistag lautet, dass wir diese 2,4 Millionen und weitere 700 000 Euro direkt an unsere Gemeinden weiterreichen und nicht für den kreislichen Haushalt verwenden.“

Geld für Erhaltung der Radwege

Eine weitere Maßnahme, um die Gemeinden zu entlasten, sieht Heiko Kärger

in der Bereitstellung von zusätzlich 550 000 Euro für die Erhaltung der Radwege im Landkreis. Aktuelle Untersuchungen im Auftrag des Verkehrsministeriums des Landes sind zu dem Ergebnis gekommen, dass für die laufende Unterhaltung von nur einem Kilometer Radweg jährlich etwa 800 Euro anzusetzen sind. Im Landkreis umfasst das Radwegenetz etwa 1400 Kilometer, für die bislang jährlich rund 300 000 Euro zur Verfügung standen. Mit den dann insgesamt angesetzten 830 000 Euro könnten Beschilderungen, Maharbeiten und vieles mehr bezahlt werden. Der Landrat begründete diesen Ansatz mit der Bedeutung der Radwege für den Tourismus in der Seenplatte.

Kontakt zum Autor

t.beigang@nordkurier.de

